„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 75c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Neue Toryherrschaft in England

Der Ausgang der englischen Wahlen war für den canadischen Beobachter der europäischen Verhältnisse eine Ueberraschung. Selbst wenn man nicht einen unbedingten Sieg der Arbeiterpartei erwarten konnte, so hat man doch auch nicht eine so vollständige Zerschlagung der Liberalen und einen solch gewaltigen Machtzuwachs der Konservativen für möglich gehalten. Denn das ist, mit wenigen Worten ausgesprochen, das tatsächliche Ergebnis. Es ist zwecklos, das vertuschen und verwischen zu wollen. Die Konservativen sind die unbestrittenen Sieger auf dem Schlachtfeld geblieben und die wirklich unterlegene Partei ist die liberale, die den Konservativen in unglaublicher Verblendung noch Wahlhilfe geleistet hatte, um nur ja nicht die „sozialistischen" Labors wieder ans Ruder kommen zu lassen. Das letztere hat man auf liberaler Seite auf Kosten der eigenen Partei glücklich erreicht, dafür aber den Tories in den Sattel geholfen. Die Arbeiterpartei hat zwar auch empfindliche Schläge bekommen, aber sie hat den gemeinsamen liberalen und konservativen Ansturm noch verhältnismäßig gut überstanden, wenn man in Betracht zieht, daß die ganze kapitalistische Pressemeute gegen sie losgelassen wurde, während die Labors selbst nur über eine nennenswerte größere Zeitung verfügten. Nach den bis jetzt vorliegenden allgemeinen Wahlziffern hat die Arbeiterpartei verglichen mit den letzten Wahlen nicht schlechter abgeschnitten, vielleicht sogar mehr Stimmen erhalten. Während die Konservativen nach der ersten Zählung über 3,112,108 Stimmen verfügten, hatte die Arbeiterpartei deren 2,486,785 und die Liberalen waren auf 1,086,047 zurückgegangen. Der Stimmenzahl nach wären Labors und Liberale zusammengenommen stärker als die neue konservative Regierungspartei. In Wirklichkeit aber stellt sich das Wahlergebnis infolge eines ungerechten Wahlsystems folgendermaßen dar:

Konservative	398
Labor	149
Liberale	40
Unabhängige (Ind).	4
Co-operationisten	5
Kommunisten	1
Konstitutionalisten	3
Insgesamt	600

Die Zahl der Mitglieder im Hause ist 615.

Der Stand der Parteien im alten Hause war wie folgt:

Konservative	259
Labor	192
Liberale	158
Andere	5
Unbesetzt	1

Demnach haben die Konservativen 159 Sitze gewonnen und 6 verloren, die Arbeiterpartei hat 24 gewonnen und 65 verloren, die Liberalen haben 9 gewonnen und 120 verloren. Folglich verdanken die Konservativen ihren Zuwachs an Parlamentssitzen hauptsächlich den Liberalen, die vor lauter Sozialistenangst in verschiedenen Wahlkreisen auf die Aufstellung von eigenen Kandidaten verzichteten und das Feld den Konservativen überließen. Aus diesem Grunde konnte auch die zahlenmäßige Kraft der Arbeiterpartei nicht vollständig zur Auswirkung kommen, die nur in jenen Distrikten Aussicht auf Erfolg hatte, in denen sich drei Kandidaten gegenüberstanden.

Die nächste Folge der Wahlen ist der Rücktritt der MacDonald-Regierung und die Nachfolge der Konservativen, die fast eine Zweidrittelmehrheit im Unterhaus zur Verfügung haben. Werden sie im Gefühl ihres Sieges nun einen Kurs der Rücksichtslosigkeit und Reaktion einschlagen oder werden sie an die von Erfolg gekrönte Außenpolitik des ersten Arbeiterpremiers Englands anknüpfen? Wollen die Konservativen den durch den Dawesplan und die Beschlüsse der Londoner Konferenz vorgezeichneten Weg betreten? Wie wird ihre Stellung zur russischen Frage, zu Deutschland und Frankreich sein? Haben die Tories überhaupt ein klares außenpolitisches Programm, das dem Wohle Englands und des britischen Reiches ebenso dient wie einer weiteren friedlichen Entwicklung Europas? Haben sie auch die Männer, die ein solches Programm durchführen können? Man hat Baldwin und andere Namen genannt, die während des Krieges und danach sich nicht gerade als die Bürgen einer besseren Zukunft bewährt haben. Werden sie fähig sein, das von MacDonald ungelöst gelassene Arbeitslosenproblem, das ein Krebsschaden Englands ist, aus der Welt zu schaffen? Oder werden sie die Massen des arbeitenden Volkes durch eine arbeiterfeindliche Politik aufreizen und so den Bolschewismus, den die Arbeiterpartei bisher niedergehalten hat, mit Gewalt züchten? Werden die Konservativen die Anerkennung der Moskauer Regierung und die finanzielle Mitwirkung am Wiederaufbau des russischen Reiches verweigern und dadurch die Neuordnung der Welt um Jahre hinausschieben? Soviele Fragen, soviele Zweifel.

Die bevorstehende Toryherrschaft in England muß von vornherein mit dem Mißtrauen weiter Kreise in allen Ländern rechnen. Sie muß erst durch die Tat beweisen, daß sie fähig ist, den von MacDonald angebahnten wirtschaftlichen und moralischen Aufbau in gerader Linie fortzusetzen, oder sie muß ein neues konstruktives Programm aufzeigen, das besser ist als das bisherige. Davon wird es abhängen, ob die englischen Neuwahlen England und der übrigen Welt zum Segen oder zum Fluche gereichen werden.

Weltumschau

Deutschland.

Die parteipolitischen Vorbereitungen zur Reichstagswahl am 7. Dezember offenbaren wiederum die traurige innere Zerrissenheit des deutschen Volkes. Nach den vorliegenden Meldungen erstreckt sich der Hader nicht nur auf den Streit unter den einzelnen Parteien, sondern auch innerhalb der Parteien sind Spaltungen und Zerwürfnisse vorhanden, die den Ausgang des Wahlkampfes etwas zweifelhaft erscheinen lassen. Wie schon im letzten „Courier" mitgeteilt, scheint der Geist der Zwietracht am stärksten unter den Deutschnationalen zu wüten. Das Auseinanderfallen dieser Partei bei der Reichstagsabstimmung über die Gesetze zur Durchführung der Londoner Beschlüsse hat auf weite Kreise der nationalgesinnten Wählerschaft den schlechtesten Eindruck gemacht und eine Krise heraufbeschworen, die durch den bevorstehenden deutschnationalen Parteitag wohl überkleistert, aber nicht beseitigt werden kann. Die mehr rechtsgerichteten Kreise in der von Stresemann geführten kapitalistischen Deutschen Volkspartei haben infolgedessen in der letzten Zeit anscheinend die Lust verloren, sich mit den innerlich zerrissenen Deutschnationalen allzu eng zu verbünden. Sie müssen sonst befürchten, daß auch auf sie die Abneigung weiter Wahlkreise sich überträgt. Daher kann es kaum überraschen, wenn Stresemann sich neuerdings wieder für die alte Regierungskoalition mit Zentrum und Demokrate« einsetzt. Das Zentrum hatte wohl auch einige innere Schwierigkeiten, weil die Anhänger des republikanisch gesinnten früheren Reichskanzlers Dr. Wirth sich gegen eine einseitige Regierungserweiterung nach rechts mit aller Kraft stemmten, während die bäuerlichen Wähler und der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald gegen ein neuerliches Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auftraten. Auf dem vor einigen Tagen abgehaltenen Zentrumsparteitag in Berlin scheint es aber der Vermittlungskunst des Reichskanzlers Marx gelungen zu sein, die beiden Strömungen in seiner Partei auf einer gemeinsamen mittleren Linie zu einigen. Die Politik des Kanzlers wurde von dem Parteitag einmütig gebilligt und die alten führenden Männer wie Marx, Dr. Wirth und Stegerwald werden wiederum kandidieren. Das Zentrum wird voraussichtlich keine besondere Schwächung erleiden, sondern darf im Gegenteil sogar einen kleinen Zuwachs erwarten, weil die erfolgreiche Außenpolitik des Reichskanzlers Marx überall den besten Eindruck hinterlassen hat. Namentlich haben die begonnene Räumung des Ruhrgebiets und die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des Reiches günstig auf die Stimmung der Wählermassen eingewirkt. Am besten sind wohl die Sozialdemokraten für den Wahlkampf gerüstet. Sie stehen innerlich geschlossen da und verfügen über ziemliche Wahlgelder. Ihr Hauptaugenmerk wird darauf gerichtet sein, den im letzten Reichstag so starken Kommunisten möglichst viele Stimmen abzujagen. Das dürfte ihnen wohl auch gelingen, weil die deutschen Bolschewiken durch ihre wüste Radaupolitik bei den anständigen Arbeitern jede Achtung verloren haben und weil die Befreiung des Ruhrgebiets viel von dem wirtschaftlichen Druck beseitigt hat, der die Arbeitermassen in das Lager des Radikalismus hineintrieb. Das Gleiche gilt von dem Einfluß der vernünftigeren französischen Politik auf die von Ludendorff geführten Deutschvölkischen. Auch diesen Nationalbolschewisten sind so manche agitatorischen Waffen aus den Händen genommen. Zudem sind auch in ihrem Lager nicht nur zwei, sondern verschiedene Richtungen an der Arbeit, die die Stoßkraft dieser Partei lähmen. Es erübrigt sich noch, die Demokraten zu erwähnen, die bei den letzten Wahlen empfindliche Verluste erlitten. Sie werden sich bei der Neuwahl wohl großenteils auf die freiwillige republikanische Schutzgarde „Schwarz-Rot-Gold" stützen, die unter Führung von ehemaligen deutschen Generalen und Offizieren ungefähr 2 Millionen Mitglieder umfaßt.

Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände" rufen alle nationalen Verbände zum Burgfrieden auf, um eine Einheitsfront für die Reichstagswahlen zu errichten. Diese Vereinigung stellt das gemäßigtere Element der rechtsradikalen Verbände dar. Sie steht unter Leitung des früheren Reichstagsabgeordneten Geißler von der Deutschen Volkspartei und des Obersten von Below und umschließt etwa dreißig Einzelverbände. Angeschlossen sind die mecklenburgischen und pommerschen Organisationen des Landbundes. Die Mitgliederschaft in Norddeutschland wird auf 12,000 ohne Mitläufer geschätzt. Größere Stärke haben die „V. V. V." in Bayern. Sie nennen sich dort „Bund Bayern und Reich" und stehen unter Leitung Pittingers und des Professors Bauer. Ihm gehören die Reste der ehemaligen „Einwohnerwehr und Selbstschutzorganisationen" des Forstrat Escherich, sowie eine Anzahl von Jugendgruppen, wie „Pfadfinder", „Blau-Weiß-Blau", „Jugendbund Bismarck" u. a. m. an.

Der Aufruf dieser „Vereinigten Vaterländischen Verbände" beabsichtigt den Zusammenschluß aller rechtsradikalen Sondervereinigungen, deren Anzahl 73 sein dürfte. Sie sind in der letzten Zeit weniger hervorgetreten und haben in der Gegenvereinigung „Schwarz-Rot-Gold" einen starken Widerpart gefunden.

Preußen behält seinen Ausnahmezustand weiter bei. Der preußische Innenminister Severing, Sozialist, hat verfügt, daß Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten bleiben. Die Polizei ist angewiesen, Ruhe und Ordnung während der Wahlzeit auf das strengste zu sichern.

Gegen sämtliche 62 kommunistische Mitglieder des Reichstages sind mit der Begründung, daß sie sich hoch- oder landesverräterischer Handlungen verdächtig gemacht hätten, Steckbriefe und Haftbefehle erlassen worden. Tatsächlich gelang es der politischen Polizei, drei von den radikalen Volksvertretern zu verhaften, während die übrigen flüchtig geworden sind. Die „Rote Fahne", das Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, tobt natürlich und erhebt heftige Gegenangriffe, indem sie die Beschuldigung erhebt, daß das polizeiliche Vorgehen gegen die kommunistischen Abgeordneten nur ein Wahlmanöver sei, um die Führer der Partei an der agitatorischen Arbeit bei den Neuwahlen zu verhindern. Wirklich fehlen den Kommunisten jetzt im entscheidenden Augenblick die Wahlagitatoren. Angesichts dieser fatalen Lage veröffentlicht die „Rote Fahne" einen Aufruf, in welchem sie die Gewerkschaften zum Proteststreik auffordert gegen die nach ihrer Meinung verfassungswidrigen und ungesetzlichen polizeilichen Maßnahmen. Aber diese angedrohte Gegenaktion dürfte aussichtslos verlaufen.

Im Hinblick auf die kommenden Neuwahlen zum Reichstage darf das Ergebnis der im Freistaate Hamburg abgehaltenen Wahlen für die Bürgerschaft besondere Bedeutung beanspruchen, wenngleich die Verhältnisse Hamburgs sich durchaus nicht auf das ganze Reich anwenden lassen. Der Berechnung der Zahlen nach sind die Deutschnationale Volkspartei und die Kommunistische Partei Deutschlands, die dreißigtausend bezw. zwanzigtausend Stimmen zu denen des Resultats der letzten Bürgerschaftswahl des Jahres 1921 hinzugewinnen konnten, als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgegangen. Große Einbuße hat die Sozialdemokratische Partei erlitten, deren Stimmenzahl um nicht weniger als dreißigtausend zusammenschrumpfte. Wenn die Verteilung der Sitze unter die einzelnen Parteien in der letzten Bürgerschaft mit der neugewählten verglichen wird, so ergibt sich ebenfalls, daß die Sozialdemokraten stark verloren haben, indem sie 16 Sitze abgeben mußten. Auch die Deutsche Volkspartei hat acht Sitze eingebüßt, während die Demokraten um nur zwei Sitze zurückgegangen sind. Die Deutschnationalen können zehn und die Kommunisten sieben Vertreter mehr in die Bürgerschaft einführen. Auch die dritte extreme Partei, die Deutschvölkischen, verzeichnen einen Gewinn von vier Sitzen.

Auf dem Zentrumsparteitag in Berlin verteidigte Reichskanzler Marx die bisherige Politik des von ihm geleiteten Kabinetts, forderte die Rückgabe der deutschen Kolonien, damit das Reich im Austausch für seine Fertigwaren Rohstoffe erhalten könne und gab die folgenden, sehr bedeutsamen Erklärungen zu den allgemeinen Zielen der Reichspolitik ab: „Unser Recht auf Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland mit Kolonien, welches frei ist von den Ketten militärischer Bewachung — ein Großdeutschland, worin die ganze deutsche Nation vereinigt ist. Wir erstreben die Befreiung vom Schuldbekenntnis lediglich aus moralischen Gründen, denn die Hoffnung, durch einen Widerruf des Schuldbekenntnisses die Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage loszuwerden, wäre eine unheilvolle Täuschung." Am Schlusse seiner Ausführungen, in denen er Deutschlands Alleinschuld am Kriege als ein „Märchen" bezeichnete, berief der Reichskanzler eine Tagung unter Ausschluß der Presse ein.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen Reichsbahngesellschaft und der Regieverwaltung der Besatzungsbehörde wegen Uebergabe der Regiebahnen sind soweit zum Abschluß gelangt, daß als Termin für die Uebergabe der Bahnen im besetzten Gebiet an die Reichsbahngesellschaft der 16. November festgesetzt wurde. In den Londoner Abmachungen war als spätester Uebergabstermin der 7. Dezember bestimmt gewesen. Ueber die Einzelfragen der technischen Uebergabe herrscht im Wesentlichen Einigkeit. Deutsches Reichsbahnpersonal wird sich einige Zeit vor dem Termin zwecks Einarbeitung an seine alten Dienststellen begeben. Die Uebergabe der Regiebahnen in der geräumten Dortmunder Zone ist bereits erfolgt.

Für die Hamburger Elektrizitätswerke wurde ein Diesel-Motor gebaut, der den bisher größten, für England gebauten um das Doppelte übertrifft. Es handelt sich um eine neunzylindrige Zweitaktmaschine mit 15,000 Pferdekräften.

England

Die Veröffentlichung eines Schriftstückes des auswärtigen Amtes, welches einen roten Moskauer Anschlag gegen Großbritannien enthüllt, erregt heute großes Aufsehen. Zu dem Dokument gehört ein angebliches Geheimschreiben von Sinowjew, Vorsitzenden des Vollzugskomitees der kommunistischen Internationale, an das Zentralkomitee der britischen Kommunistenpartei. Nach dem auswärtigen Amt enthält der Brief Anweisungen an britische Untertanen, für den gewaltsamen Umsturz der Einrichtungen in diesem Lande zu wirken und die bewaffnete Macht zu diesem Zwecke zu gewinnen. Eine Mitteilung an den russischen Geschäftsträger Rakowsky protestiert gegen die Verletzung feierlicher Zusicherungen, welche der englischen Regierung wiederholt gegeben worden seien. Rußland parierte den britischen Protest durch einen eigenen entschiedenen Protest. Der Sowjetgesandte Rakowsky nenne den Sinowjew-Brief eine offenkundige Fälschung und protestierte beim auswärtigen Amt gegen die Veröffentlichung, bevor er davon unterrichtet wurde.

Frankreich

Eine vom Eiffelturm nach Moskau gefunkte kurze Botschaft, die an den Außenkommissar Tschitscherin gerichtet war, teilte diesem mit, daß Frankreich die russische Räteregierung anerkannt hat. Der Wortlaut der Botschaft wird nach Einlangen der russischen Antwort von der Regierung bekanntgemacht werden. Vorläufig ist nur bekannt, daß der sofortige Austausch von Botschaftern vorgeschlagen wurde.

Finanz- und Entschädigungs-Fachmänner von Frankreich, Belgien, Italien, England und den Ver. Staaten, die in Paris versammelt waren, haben die Wiederherstellung von Deutschlands finanzieller und wirtschaftlicher Einheit formell anerkannt. Französische und belgische Fachleute legten vorher einen Bericht vor, wonach Bahnen und Industrien von Ruhr und Rheinland den Deutschen zu übergeben sind. Während der zwei Jahre der Besetzung waren sie den Deutschen durch aufeinanderfolgende Maßnahmen weggenommen worden. Die Entschädigungskonferenz billigte diesen Bericht.

C. Parker Gilbert, der junge amerikanische Anwalt, hat sein Amt als Generalagent für Entschädigungen übernommen. Die Konferenz entwirft ein Programm, um eine Teilung der Gewinne aus der Ruhrbesetzung zu vereinbaren und die ersten Entschädigungszahlungen unter dem Plan der Fachmänner zu verteilen.

Sachverständige der Ententeländer traten in Paris zu einer Konferenz zusammen, in der ein Gutachten der Finanzminister über die Verteilung deutscher Entschädigungsleistungen vorbereitet werden soll. Man erwartet, daß die Arbeiten der Sachverständigen ungefähr drei Wochen in Anspruch nehmen werden, und daß die Konferenz der Finanzminister gegen Ende November zusammentreten wird. Die Forderungen der Ver. Staaten, die außer Ersatz für die Kosten ihrer Besatzungstruppen am Rhein, die mit $240,000 in Rechnung gestellt sind, noch $300,000,000 sonstige Entschädigung verlangen, sollen wahrscheinlich bis zur Konferenz der Finanzminister zurückgestellt werden.

Ungarn.

Der der Ermordung Erzbergers beschuldigte Heinrich Schulz-Förster wurde, nachdem die ungarische Regierung seine Auslieferung an Deutschland abgelehnt hat, auf freien Fuß gesetzt. Der Staatsanwalt teilte ihm in deutscher Sprache mit, daß er weder aus dem Lande abgeschoben, noch interniert werden würde. Schulz verließ mit einem kleinen Paket, in welchem sich seine Wertgegenstände befinden, und einem Gesamtbetrag von 35,000 Kronen, das Untersuchungsgefängnis. Er wird sich wieder nach seinem früheren Aufenthaltsort begeben. In der deutschen Gesandtschaft erklärte man, daß sich die deutsche Regierung weitere Schritte vorbehalte. Die Verweigerung der Auslieferung des Erzberger-Mörders Schulz-Förster wird in den Wandelgängen der ungarischen Nationalversammlung lebhaft diskutiert. In der sozialdemokratischen Partei wird erwogen, diesen Beschluß des Justizministers zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Auch von bürgerlich-liberaler Seite wird angekündigt, daß man an den Justizminister eine Anfrage richten werde. Die Begründung, mit der der Justizminister die Auslieferung verweigert, wird in diesen Kreisen als absolut nicht stichhaltig bezeichnet.

Rumänien.

Der berüchtigte Pirat Terenti ist noch immer auf freiem Fuß, trotzdem die rumänische und die ungarische Polizei zu seiner Einfangung vereinigte Bemühungen machen. Er treibt auf der Donau in einem mit einem Maschinengewehr armierten Motorboot sein Unwesen. Eines seiner jüngsten Abenteuer bestand darin, daß er sich durch eine Kompanie von rumänischen Soldaten bei Braila durchgekämpft hat. Terenti ist auf Lösegeld erpicht und er sucht namentlich Frauen und Kinder wohlhabender Familien in seine Gewalt zu bringen. Gegen arme Fischer und Bauern den Fluß entlang zeigt er Milde. Diese sind ihm dafür freundlich gesinnt und setzen ihn von der Tätigkeit der Polizei in Kenntnis. Kürzlich sah er zwei Mädchen, die im Fluß nahe Galatz badeten und entführte sie in seinem schnellen Boot, bevor sie einen Hilferuf ausstoßen konnten.

Rußland.

Vertreter der deutschen Junkerswerke haben die Vorarbeiten für einen regelmäßigen Flugdienst zwischen Moskau und Peking beendet und es ist möglich, daß diese Flugstrecke später bis nach Südchina ausgedehnt werden wird. Für diesen Flugdienst sind ganz metallene Junkers-Flugzeuge in Aussicht genommen. Die Flugstrecke soll sich die transsibirische Bahn von Moskau bis Werchnje-Udinsk entlang ziehen, von dort südlich bis Urga und über Kalgan und die die südliche Mongolei mit der chinesischen Hauptstadt verbindende Bahnstrecke entlang bis nach Peking gehen. Die Moskauer Regierung hat diese Flugstrecke genehmigt und es werden jetzt Versuche gemacht, amerikanisches Kapital an dem Unternehmen zu interessieren. Der Betrieb auf dieser Strecke wird kaum vor nächstem Frühjahr aufgenommen werden können. Bisher wurde ein mehr oder weniger regelmäßiger Flugdienst zwischen Moskau und Wladiwostok eingerichtet und die Linie nach Peking würde mit diesem bestehenden Flugdienst in der Weise zusammenarbeiten, daß Passagiere, die nach der Mongolei oder chinesischen Städten sich begeben wollen, in Werchnje-Udinsk umsteigen würden.

Anläßlich des Jahrestages der Hamburger Revolution erklärte Sinowjew, der Präsident des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, „daß eine proletarische Revolution in Deutschland im Anzuge sei, trotz aller Dawes, Eberts und Noskes". Der Hamburger Aufstand des Vorjahres sei nur eine „Kostümprobe" gewesen. Entscheidende Schlachten ständen bevor. Hamburg sei das Schlagwort der Kommunisten und die Garantie für den Bürgerkrieg in Deutschland — und nicht in Deutschland allein." (Hoffentlich geben die deutschen Arbeiter dem russischen Juden Sinowjew bei den nächsten Wahlen eine deutliche Antwort.)

Irland.

Als der Passagierdampfer Westphalia kürzlich Queenstown anlief, um Passagiere zu landen, erhielt das deutsche Schiff einen enthusiastischen Empfang. Die Leute jubelten, eine Abordnung mit dem Bürgermeister kam an Bord und betonte die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Irland und Deutschland.

Eamon de Valera, der bekannte republikanische Führer Irlands, wurde im Vestibül des Rathauses zu Newry verhaftet, als er im Begriff stand, das Gebäude zu betreten, um die von ihm angekündigte Rede zu halten. Die Polizei hatte einen Kordon um das Rathaus gezogen. Desgleichen hatte sie Besitz von der Rednertribüne im Gebäude selbst ergriffen. Ein Polizeisergeant hatte den Sitz des Präsidenten der Versammlung inne. Kurz nach 8 Uhr abends traf De Valera vor dem Hauptportal ohne jede Begleitung ein. Ein Polizei-Inspektor las ihm den gegen ihn ausgestellten Haftbefehl vor, worauf er ins Gewahrsam abgeführt wurde. Szenen größter Unordnung folgten, als Mary MacSwiney und andere Redner den Rathaussaal betraten und Ansprachen an die Versammelten hielten. Häufig wurden die Redner von Orangeleuten durch Absingen von Liedern, durch Zwischenrufe und durch Lärmszenen aller Art unterbrochen.

Belgien.

Der in Brüssel eröffneten außerordentlichen Konferenz des Völkerbundes lagen zwei Probleme zur Erwägung vor. Das eine ist die Meinungsverschiedenheit zwischen Großbritannien und der Türkei über die Grenze zwischen dem Königreich Irak (Mesopotamien) und dem Mossulgebiete und das zweite eine Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Griechenland über die Bestimmungen des Lausanner Friedensvertrages hinsichtlich des Austausches der griechischen Bevölkerung in türkischen Gebieten gegen die türkische Bevölkerung Griechenlands. Eine Einigung wurde erreicht.

Australien.

Die Arbeiterregierung von Queensland, Australien, trägt sich mit der Absicht, alle Geschichtslehre, soweit sie sich auf Kriege bezieht, aus den Schulen zu verbannen. Sie würde damit dem Beispiel folgen, das eine andere australische Provinz, Victoria, bereits gegeben hat.

China.

Etwa hundert amerikanische Marinesoldaten wurden in Taku von dem amerikanischen Kreuzer „Huron" gelandet. Sie gingen unverweilt nach Peking ab.

Vereinigte Staaten.

Die Chicagoer Konferenz der „Vereinigten Lutherischen Kirche in Amerika" die 1,300,000 Mitglieder umfaßt, nahm eine Resolution an, in welcher sie ihre Stellung neu bekräftigt, daß Christen in einem gerechten Krieg kämpfen dürfen. In der Resolution wird darauf gedrungen, daß alle Bemühungen getroffen werden, Frieden und guten Willen in der „Gemeinschaft der Nationen" zu fördern. — Die Kommission für Inlandmissionen der Vereinigten Lutheranischen Kirche in Amerika kündigte die Ausdehnung evangelischer Tätigkeit gegen den Nordpolarkreis im Norden und gegen die mexikanische Grenze im Süden an. Die Versammlung der Lutheraner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Kirche soeben Alaska als neues Feld für Missionsarbeit betreten hat. Der Anfang mit dieser Tätigkeit in dem großen amerikanischen Gebiet des Nordwestens wurde in Juneau und anderen Orten gemacht. In manchen dieser Alaska-Gemeinden besteht die Hälfte der protestantischen Bevölkerung aus Lutheranern. Die Prärieprovinzen des canadischen Westens mit ihren fruchtbaren Feldern und schnell wachsenden Städten ziehen immer größere Scharen von lutherischen Ansiedlern herbei, die Feldsekretäre, Missionare und Pastoren brauchen.

Die von dem früheren Marinesekretär Josephus Daniels erlassene Verordnung, mit der außer Wasser alle Getränke, auch nichtalkoholhaltige, an Bord der Kriegsschiffe verboten wurden, wird von Sekretär Wilbur in den nächsten Tagen dahin gemildert werden, daß die Kriegsschiffe Sodawasser mitführen dürfen. —

Von unseren Korrespondenten

Saskatoon und Umgegend

Erwischt.

Wenigstens einer der beiden Glücksritter, die von Prince Alberts freundlicher Gastlichkeit nichts wissen wollten und daher französischen Abschied nahmen, ist in Wetaskiwin, Alberta, hinter Schloß und Riegel gebracht, als er, der Neger Simmonds, wegen Landstreichens verhaftet und zu 30 Tagen „Brummens" verurteilt wurde.

Schmutzige Wäsche.

Fast zwei Wochen dauerte das Vorverhör, das der Rechtsanwalt Douglas McConnell zu bestehen hatte. Er war angeklagt, sich verschworen zu haben, die Bondinhaber der neu zu gründenden „Wheat Belt Packing Co.", deren Schriftführer und Kassierer er war, zu bestehlen und zu betrügen. Der edle Rechtsanwalt muß sich nun vor dem Schwurgericht wegen seiner „einnehmenden" Tätigkeit verantworten.

Rotes Licht.

Man sagt, daß der Stier in Wut gerät, wenn er rotes Tuch oder sonst etwas Rotes sieht. Mag dem sein, wie ihm wolle — so sagt Reuter —, aber mitunter scheint die rote Farbe auch Menschen in Erregung zu bringen; wenigstens übten die roten Sicherheitslaternen, die Arbeiter an Aufgrabungen zur Warnung angebracht hatten, eine erregende Wirkung auf N. A. Hunter aus, der von Kandahar stammen will; er hatte die Farbe so übel vernommen, daß er die Laterne einfach zerstörte. Die Polizei ließ ihn auf seinen Verstand untersuchen und nun wird er in Battleford's Heilanstalt Unterkunft finden.

Mord.

In der Nähe von Melford wurde Th. Halero, der bei Prince Albert wohnte, von J. Howard kaltblütig erschossen. Der Mörder ging nach der Tat zu einem Store und bat, man möchte die Polizei rufen, da ein Mann deren Beistand bedürfe; sollte dieselbe nach ihm fragen, so würde er zu Hause zu finden sein. Als dann der Polizist sein Haus betrat, begrüßte Howard ihn mit den Worten: „Ich habe Sie erwartet" und ließ sich verhaften.

Die gefräßige Naturkraft.

In letzter Woche zerstörte Feuer folgende Bauten: 1) einen Stall in Battleford, C. Blais, Eigentümer; 2) einen Separator bei Kenaston, Bain, Eigentümer; 3) ein Warenhaus der Beaver Lumber Co. in Kindersley.

Medicine Hat Neuigkeiten

Herr Peter Melinger kam diese Woche wieder von der Arbeit in Saskatchewan heim.

Herr Daniel Mönich und Frau von Hilda waren diese Woche besuchshalber in Medicine Hat. Herr Mönich betreibt einen Fleischerladen in Hilda.

Herr Alex Gummel von Raley Alta., ist in Medicine Hat auf einen Monat zu Besuch angekommen. Er berichtete von einer guten Ernte in jenem Distrikt.

Herr J. Friesen von Portland, Oregon, war diese Woche in der Stadt. Herr Friesen gedenkt sich hier anzusiedeln und ein Schuhmachergeschäft zu eröffnen. Friesen war 1918 hier wohnhaft. Er sagte, daß es nirgends so gut für alte Leute zu leben sei wie in Medicine Hat. Da brauche man keine Kohlen hereinzuholen und Asche herauszutragen.

Jakob Ziegle und Johann Thomas kamen diese Woche von Ratoluck, Sask., hier an.

Herr Jakob Lehr kam am 30. Okt. heim von Morris, Sask., und gedenkt mit Familie nach Nelson, B. C., zu gehen, wo man die Aepfel umsonst bekommt. Wünschen ihm Glück!

Herr Fritz Stein, früher wohnhaft in Hatton, verreiste letztes Spätjahr nach Michigan, Ver. Staaten, und kam nun wieder nach Canada und ließ sich hier nieder. Seine Frau ist schon bald einen Monat hier bei ihren Eltern Jakob Hahn. Herr Stein gedenkt über den Winter hier zu bleiben.

Am 16. November (Sonntag) um 2 Uhr nachmittags wird Herr Georg Steinhard eine Rede halten in der deutschcanadischen Vereinshalle. Herr Steinhard ist ein Deutscher und spricht 4 Sprachen. Jedermann ist herzlich eingeladen. Sitze sind frei.

Premierminister Mackenzie King von Ottawa war am 31. Oktober hier in Medicine Hat und hielt eine Rede abends um 8 Uhr im Empreß-Theater. Das Gebäude war so voll besetzt, daß die Leute nicht alle aufgenommen werden konnten.

Herr Samuel Lentz eröffnete ein Barbiergeschäft in dem Assiniboia Hotel und ladet alle Deutschsprechenden ein, ihn in seinem Geschäft zu besuchen.

Herr Wilhelm Wahl kam wieder auf kurze Zeit nach Medicine Hat.

Erinnerungen an den Waffenstillstandstag

Nächste Woche werden wir den 6. Jahrestag des Waffenstillstands unterzeichnet am 11. November 1918, feiern. Das erinnert uns an George Washington. „Das beste Mittel, um den Frieden zu bewahren, ist, für den Krieg vorbereitet zu sein," sagte er dem Kongreß. Die Menschen sind heutzutage immerwährend im Krieg mit ihrem Magen. Diese bedauernswerte Tatsache führt zu Verstopfung, schlechtem Appetit, Unverdaulichkeit, Flauheit, Kopfschmerzen, Nervosität, unruhigem Schlaf und ähnliche Magenleiden. Es ist das beste Schutzmittel, wenn man Triner's Bitter-Wein im Hause hält und es regelmäßig gegen solche Magenleiden einnimmt. Es gibt keine bessere Arznei für den Magen. Herr Frank Uhlir schreibt uns aus Cottonwood, Idaho, am 28. September 1924: „Ich habe eine lange Zeit an Magenleiden gelitten, aber seitdem ich Triners Bitter-Wein einnehme, bin ich gesund."

Joseph Triner Company, Limited, 852 Main Straße, Winnipeg, Man. Regina Zweigstelle: 1708 Rose Str. Verlangt Triner's Bitterwein (Preis $1.50), Triner's Liniment, Triner's Hustenmittel und andere ausgezeichnete Triner-Arzneien in jeder Apotheke; nehmt keine Nachahmungen.